

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefabgabe: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aletta.

№ 121

Sonnabend, den 10. Oktober 1931.

44. Jahrgang

Rücktritt der Reichsregierung.

Dank den scheidenden Ministern.

Berlin, 8. Oktober
Nach Abschluß der Arbeiten an der neuen Notverordnung trat das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichszustanzers Dr. Brüning in Zusammenhang mit der Fortsetzung der Ausarbeitung über die Genfer Lösung in eine Erörterung der geltend gemachten Lage ein. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingezeichneten Rücktrittswillens des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius beschloß das Reichskabinett auf Vorschlag des Reichszustanzers, dem Reichspräsidenten die Befehlsdemission des Reichskabinetts anzubieten.

Der Reichszustanzler benutzte den Anlaß zunächst, dem Reichsminister Dr. Curtius, sodann auch seinen übrigen Ministerkollegen für die in schweren einseitigen Jahren geleistete aufopfernde Arbeit seinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Im Anschluß an die Kabinettsitzung begab sich der Reichszustanzler zum Vortrag zum Reichspräsidenten.

Wiederbefragung Brüning's.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Rücktritt des gesamten Kabinetts dem Reichspräsidenten Dr. Brüning erneuert mit der Bildung der Regierung beauftragt.

Keine parteimäßige Bindung.

Der Reichspräsident beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der einseitigen Weiterführung der Geschäfte und erteilte gleichzeitig dem Reichszustanzler Dr. Brüning den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung mit der Aufgabe, daß die

Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen

erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Botschafter von Neurath wird vorläufig nicht Außenminister.

Berlin, 8. Oktober.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung hatten nach der formellen Seite hin bis Donnerstag abend noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Abgesehen von den Ministern, die ohnehin wiederkehren, herrschte nur über die Besetzung von drei Ministerien Klarheit: Das ist die des Reichswirtschaftsministeriums mit Prof. Dr. Brüning, des Reichsaußenministeriums mit Staatssekretär Noe und die Lehramtsangelegenheiten des Auswärtigen Amtes durch Dr. Brüning.

Diese letzte Laifade muß deshalb festgesetzt werden, weil immer wieder behauptet wurde, daß zum doch Botschafter von Neurath Außenminister werden solle. Entgegen anderslautenden Nachrichten kommt Dr. von Neurath im Laufe des Freitags erst nach Berlin, um dem Kaiser für Sonnabend die Besprechungen zur Verfügung zu stellen. Sie dürften sich darauf beziehen, daß Dr. von Neurath vielleicht in später ein mal das Auswärtige Amt übernimmt. Für die bevorstehende Reichstagskampagne ist jedoch mit ihm als Außenminister unter keinen Umständen zu rechnen. Der Hauptgrund dafür ist darin zu suchen, daß durch die Lehramtsangelegenheiten des Auswärtigen Amtes durch Dr. Brüning auch der letzte Rest der Neutralität werden soll, daß in der deutschen Außenpolitik eine tiefen Werten zu gewinnen, sind gering. Ganz abgesehen von der Zerrung eintreten könnte.

Ueber die Besetzung des Innenministeriums herrscht noch keine Gewißheit. Die Aussichten, Dr. Geßler für diesen Posten zu gewinnen, sind gering. Ganz abgesehen von der abzulehnenden Stellungnahme der Sozialdemokraten gegen Dr. Geßler, scheint das auch daraus hervorzuergo, daß inzwischen bereits mit dem Generaloberstleutnant Dr. Bracht verhandelt worden ist. Dr. Bracht hat jedoch ebenfalls abgelehnt. Außer Geßler nennt man jetzt auch den früheren Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz für das Amt des Innenministers. Ebenso wenig ministeriums vorwärtskommen. Die Fühlungnahme der fünf die Verhandlungen wegen der Besetzung des Reichsfinanzministeriums mit dem Staatssekretär Dr. Wagner und Silberberg dürfte erfolglos geblieben sein.

Brüning in der Krise.

Am die Auflösungs-Order.

Berlin, 9. Oktober.

Die Laifade, daß es dem Reichszustanzler Brüning nicht gelungen ist, eine Stunde später, nachdem er dem Reichspräsidenten den Gehaltsrücktritt des Kabinetts angelehnt hatte, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen, die eine Laifade zeigt zur Genüge, daß der Entschluß zum Gehaltsrücktritt nicht auf Brüning zurückgeführt werden kann. Schon jetzt zeigt sich, daß die Befehlsdemission, falls Brüning allein und ohne höheren Einfluß zu einem solchen Entschluß gekommen wäre, als das folgenschwerste Ereignis seit der Reichstagsauflösung angesehen werden müßte.

Es lag für Brüning überhaupt kein Grund zu einem Gehaltsrücktritt vor. Die Ergänzungen des Kabinetts hätten genau so gut ohne einen Gehaltsrücktritt erfolgen können.

Niemand wird den Reichszustanzler Dr. Brüning für einen politischen Stümper halten — die Art aber, wie jetzt über die Besetzung der Ministerstelle verhandelt wird, muß die Stümperer wirken. Der Reichszustanzler hat wochenlang mit dem Geheimrat Schmidt verhandelt. Wenn er ihn für sein

Kabinett gewinnen wollte, dann mußte er sich erst Klarheit schaffen, ob Schmidt bereit war, das Reichsministerium zu übernehmen, und dann erst konnte der Gehaltsrücktritt erfolgen. Das gilt schon für normale Zeiten, das gilt vor allem aber für eine Zeit, die so wenig für Aufregungen und langwierige Krißlenverhandlungen geeignet ist, wie die der Krißlen-Herbst. Was für Schmidt gilt, gilt in gleicher Weise für die übrigen Ministerkandidaten, für Geßler, Wagners und Neurath. Der Fall Neurath ist hier noch besonders geeignet.

Der Reichszustanzler muß ganz genau, daß sich das außenpolitische Vertrauen an ihm konzentriert, und daß er nicht ohne weiteres in der Lage ist, dieses Vertrauen auf einen neuen Außenminister zu delegieren.

Wenn die „Germania“ meint, daß die Kabinettsneubildung den Zweck verfolgt, eine noch stärkere überparlamentarische Form zu finden, so wird man im Zentrum ganz genau wissen, daß das eine Lebensart ist, die zu nichts verpflichtet. Wenn nicht schnell und entscheidend gehandelt wird, kann diese sogenannte stärkere überparlamentarische Form eine geschwächte parlamentarische Basis zur Folge haben.

In den weiteren Verhandlungen über die Kabinettsneubildung werden die Fragen zu klären sein, ob Reichszustanzler Dr. Brüning die Auflösungs-Order erhält, ob sie ihm verweigert wird, oder ob nach ihm ein anderer präsumptiver Reichszustanzler mit der Auflösungs-Order für den Reichstag ausgestattet wird. Von der Verantwortung dieser Fragen erst wird man Schluß auf die weitere Entwicklung der politischen Lage mit einiger Sicherheit folgen können.

Französische Blätterstimmen zur Lage.

Zum Verlaufe der Ereignisse in Berlin schreibt „Le Journal“, es sei nicht nachgewiesen, weshalb die Erziehung des Reichsaußenministers Dr. Curtius die zuzubehaltene Verwaltung notwendig ergo hätte. Dagegen erlaube man sehr wohl als Gründe die Quantität der Aufstellung der bestehenden Zustände gesprochen hätten. Das Kabinett Brüning habe die Diktatur ausüben verstanden, wie sich der Aufhebung einer autoritären Herrschaft auszuweisen.

Unsere Schwierigkeiten im englischen Licht.

„Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel: Die deutsche Regierung ist bereits unter dem Druck der Notwendigkeiten im wesentlichen eine Diktatur. Wenn sie ein Mißtrauensvotum durch den Reichstag erhalten sollte, wäre es denkbar, daß sie ohne den Reichstag weiterregierte. Die Gefahr besteht jedoch, daß in diesem Falle eine unparlamentarische Opposition gegen eine unparlamentarische Regierung über Deutschland und Europa ein noch größeres Chaos bringen würde als bisher schon.

Man hat davon gesprochen, daß die einzige Alternative zur Brüningregierung entweder eine Koalition ist, in der die Anhänger des Hebererrolts haben, oder ein Versuch, der eine Partei bilden würde. Die neuesten Nachrichten deuten auf die letztere Möglichkeit hin. Aber bei dem jetzigen Zustand der deutschen und der internationalen Angelegenheiten ist es schwer, ohne Sorge an die Möglichkeit der Schaffung einer offenen Diktatur zu denken.

Lage der Reichsfinanzen.

Die Ergebnisse aus der Hoover-Konferenz. — Neue Belastungen.

Berlin, 8. Oktober.

Der Pressevertreter gab Reichsfinanzminister Dietrich ein wenig frohes Bild über die Finanzlage. Er führt u. a. aus, daß besonders in der Frage der Zusammenlegung der Wohlfahrtserversolosen und Krißlenverjüngungsberechtigten ganz erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen seien, weil die Länder vielfach andere Auffassungen geltend gemacht hätten.

Die Reichsregierung hat aber auf dem Standpunkt geblieben, daß der größte Teil der Gemeinden sehr wohl mit einem Wohlfahrtserversolosen fertig werden könne. Am diesem Grunde ist es nicht zur Zusammenlegung der beiden Arbeitslosenklassen gekommen. In den verschiedenen Teilen des Reiches ist die Zahl der Wohlfahrtserversolostigten gänzlich verschieden. Am stärksten betroffen von der Wohlfahrtserversolostigkeit sind Sachsen, das Rheinland, die Stadt Berlin und einige Städte im Osten. Darunter Breslau. Das Reich hat sich infolgedessen mit den Ländern abhingehend geeinigt, daß die Länder 80 Millionen Mark erhalten, über die sie nach eigenem Outdünken zur Befriedigung der Wohlfahrtserversolosten verfügen können. Darüber hinaus hat das Reich noch einen Betrag von 150 Millionen Mark bereitgestellt, über den nach einem bestimmten Schluß verhandelt wird. Von diesem Betrag erhält die Stadt Berlin 25 Millionen und die Stadt Breslau 7 Millionen Mark. Der Minister verbreitete sich alsdann über die Frage der kommunalen Umfaltung.

Die Obligationen, die nach Einmehren mit der noch zu zählenden Umfaltungsstelle ausgegeben werden, sollen im Wege des Lombards durch die Reichsbank billig gemacht werden. Im ganzen betragen die kurzfristigen Schulden der Gemeinden etwa 1700 bis 1800 Millionen Mark. Was die Frage der Hausinsolvenz angeht, so hat man im Grunde an dieser Steuer festgehalten. Was verordnet worden ist, bedeutet lediglich eine Vereinfachung des Verfahrens zum Abbau der Hausinsolvenz hat man sich deshalb nicht entschließen können, weil doch auf irgendeinem Wege er

lag hätte geschaffen werden müssen. Von dem Gedanken hat dessen die Umfaltungsteuer zu erhöhen, ist man wieder abgesehen.

Reading in Paris.

Die französisch-englischen Besprechungen.

Paris, 9. Oktober.

Ueber die in Paris geführten französisch-englischen Besprechungen wird berichtet, daß bei dem allgemeinen Meinungsaustausch die verschiedensten Fragen behandelt worden seien, darunter der Berliner Besuch der französischen Minister und die bevorstehende Botschafterreise von Präsident Hoover.

Die französischen Minister hätten wohl mißhoes ihren englischen Kollegen davon überzeugt wissen, welches Interesse nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für ganz Europa der Verständigungserfolg bestehe, der durch die Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission konkreter Gestalt angenommen habe.

Weit davon entfernt, den Interessen der übrigen Staaten Abbruch zu tun, werde diese Kommission, wie man hoffe, den Weg für Wirtschaftsabkommen vorbereiten, die nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern auch andere Mächte und in erster Linie England interessieren.

Die Washingtoner Reise Covals

nabe gleichfalls nicht außerhalb der Erörterungen gelassen werden können, namentlich nach den neuen Erklärungen und Initiativen Hoovers betreffend die Weltwirtschafts- und Finanzfrage.

Was die Abrüstung anlangt, hätten die französischen Minister nur die ständige These der französischen Regierung bekräftigen können, die die Herabsetzung ihrer Rüstungen von Sicherheitsgarantien für Frankreich abhängig mache.

Lord Reading dürfe, außerdem die französischen Minister über die Ablichtung der englischen Regierung unterrichtet haben, so schnell wie möglich nach den allgemeinen Wahlen das Pfund Sterling ungefähr auf der Grundlinie des gegenwärtigen Sterlingkurses zu stabilisieren.

Eine Erklärung Covals.

Die Besprechungen zwischen Ministerpräsident Coval, Finanzminister Flamin, Außenminister Briand, Handelsminister Rolin und Außenminister Lord Reading haben Mittwoch begonnen und wurden im Ministerpräsidium am Donnerstagvormittag fortgesetzt. Die Zusammenkunft galt einem offenen Meinungsaustausch über die allgemeine Lage und die Maßnahmen, die am gegenseitigen Erfordernis eine Beförderung der augenblicklichen Lage herbeizuführen.

Coval und Briand haben Lord Reading über das Ergebnis ihrer Berliner Reise unterrichtet. Der Besuch Covals in Washington war ebenfalls Gegenstand eines Meinungsaustausches, wobei sämtliche Beteiligten die Bedeutung der Reise anerkannten. Die Teilnehmer beider Länder waren sich darüber einig, daß ihre beiden Regierungen in enger Fühlung miteinander bleiben müssen, und daß die freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse des Weltfriedens und wirtschaftlichen Wiederaufbaus fortgesetzt werden solle.

Zwei weitere Moratoriumsjahre?

Coval zur Erörterung der Schuldenfrage bereit.

Newyork, 8. Oktober.

Obgleich die gesamte Presse und namhafte Wirtschaftler Hoovers neueste Aktion einstimmig als einen glänzenden Schachzug bewundern, tauchen bereits Zweifel auf, ob der Fonds in Höhe von 500 Millionen Dollar (über 2 Milliarden Mark) zur Sanierung der notleidenden Banken genügen werde.

Es ist bekannt geworden, daß Präsident Hoover tatsächlich die Absicht hatte, der im Weissen Haus stattgefundenen Konferenz eine zweijährige Verlängerung des Moratoriums vorzuschlagen. Der Widerspruch verschiedener Senatoren und Abgeordneter, insbesondere demokratischer Vertreter, zwang Hoover zum Nachgeben.

Das Staatsdepartement ist von dem Pariser amerikanischen Botschafter unterrichtet worden, daß Coval bereit ist, die Schuldenfrage zu besprechen. Die Franzosen würden jedoch feiner Moratoriumsverlängerung zustimmen, ohne gleichzeitig festzulegen, was den weiteren Fortschritt zu folgen habe. Hoover soll nach wie vor gegen eine beträchtliche Schuldenminderung oder gar völlige Streichung sein.

Amerikas Bankentwässerung.

Weber Moratorium wird erst mit Coval verhandelt.

Washington, 8. Oktober.

Des Präsidenten Hoover Konferenz im Weissen Haus mit den Führern der republikanischen und demokratischen Senatoren und Abgeordneten endete nach Mitternacht. Nicht eingeladen waren die Vertreter der sogenannten progressiven Republikaner, dagegen nahm unter anderen Demokraten der deutsch-amerikanische Senator Wagner teil, der nach dem Verlassen des Weissen Hauses erklärte, es sei weber ein Steuererhöhung noch ein Verbot von Verexporten an Fondsabhängigen, noch die Frage der deutschen Kreditlinie erörtert worden.

Man habe lediglich diskutiert und sich prinzipiell ge einigt über die Gründung eines privaten Bankfortium

mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar, womit der Bank geholfen werden soll, deren Darlehen an ihre Schuldner sich nach dem Banksturz nicht zur Diskontierung durch Bundesbanken eignen. Ueber eine Verlängerung des Hoover Moratoriums wurde nichts beschlossen. Man war sich dar über einig, daß Präsident Hoover diese Frage mit Laus aufnehmen und feststellen solle, wann und unter welchen Bedingungen ein weiteres Moratorium erforderlich sei.

Befriedigung der Presse.

Im sächlichen Bestreben, Befriedigung zu verbreiten bringen die Blätter die Ergebnisse der Konferenz mit Hoover, die Kursbesserung am Effektenmarkt und die fortgesetzten Besprechungen führender Wallstreetbankiers in großer Aufmerksamkeit. Die Erklärung Hoover's ist erst frühmorgens ein, so daß sie zu spät für die Presse oder für sonstige Kammerkreise kam. Die Blätter haben jedoch den Plan einer Kreditorganisation von einer halben Milliarde Dollar hervor, den die „Times“ als den Versuch zur Wiederherstellung des geschäftlichen Vertrauens bezeichnen, während „Herold Tribune“ aus Washington meldet, daß man im Weißen Hause Vorläufe ausarbeite, die den russischen Fünfjahresplan nach überträgt.



Sie sind gegen Moratoriumsverlängerung.

Bei der Konferenz im Weißen Hause in Washington wandten sich der republikanische Senator Watson (links) und der demokratische Abgeordnete Gardner (rechts) sofort gegen den Plan des Präsidenten, das Schuldner-Moratorium zu verlängern.

Sozialisierungsbestrebungen.

Die Stellung des Eigentums in Spanien.

Madrid, 9. Oktober.

In der Kammer wurde mit Mehrheit das Kompromiß über die Stellung des Eigentums in der Verfassung gegen die Sozialdemokraten angenommen. Das Privateigentum kann danach aus Gründen des öffentlichen Nutzens gegen Entschädigung zwangsweise enteignet werden.

Eine Entschädigung ohne Entschädigung kommt nur in Frage, wenn die Kammer mit absoluter Mehrheit eine andere gesetzliche Regelung trifft. Das gleiche gilt für den Fortgang in der Sozialisierung. Deswegen Betriebe und im allgemeinen Interesse liegende Ausbeutungen können, wenn es notwendig ist, nationalisiert werden.

Deutsche Tageschau.

Volkspartei an Dr. Curtius.

Die Parteileitung und die Landtagsfraktion der deutschen Volkspartei in Baden haben an Dr. Curtius ein Telegramm geschickt, in dem sie ihm für seine aufopferungswürdige Tätigkeit im Dienste der vaterländischen Arbeit herzlichsten Dank aussprechen und ihn auch weiterhin der treuen Gefolgschaft versichern.

Nationalsozialisten in Oldenburg für Landtagsüberzeugung.

Die Nationalsozialisten haben dem Landtagspräsidenten den Antrag auf Einberufung des Oldenburgischen Landtages ausgeben lassen. Dieses Verlangen steht in Verbindung mit den Informations- und die Staatsministerium den Landtagsfraktionen gegenüber. Die Nationalsozialisten wollen, daß im Landtag zu dem Verordnungsmaßnahmen der Staatsregierung Stellung genommen wird. Verfassungsmaß muß dem Antrag der Nationalsozialisten innerhalb zwei Wochen entsprechen werden.

Stark-Brosch kommt vor das Landgericht.

Von der Staatsanwaltschaft wird der Antrag gestellt, das vor dem Amtsgericht bereits eröffnete Hauptverfahren in der Straf- sache gegen Stark und Genossen an die Große Strafkammer des Landgerichts I zu verweisen. Nach Paragraph 19, Abs. 2 der Notverordnung treten die Richter, die als Vorsitzende oder Mitglieder des Schöffengerichts oder deren Stellvertreter berufen waren, für die Strafsache in der gleichen Eigenschaft in die Große Strafkammer, da sie bereits mit der Vorbereitung der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht befaßt waren.

Durchgreifende Maßnahmen gegen den Schmuggel.

Der umfangreiche Schmuggel an der niederbayerisch-holländischen Grenze, besonders in der Gegend von Goch, machte dem Landesfinanzamt Dittelsdorf bereits seit länger Zeit erheblich zu schaffen. Man sprach bereits von einem „Koch im Westen“. Mit allen Mitteln wird nun gegen den überhandnehmenden Schmuggel angegangen. Durch Verhaftungen in Gelsenkirchen ist man einer Anzahl zusammenhängender Schmuggelvergehen auf die Spur gekommen, die zum Teil ihren Anfang in der Goch-Altendorfer Gegend nehmen, wo viele Schmuggler verhaftet wurden. Als die Verhaftungen bekannt wurden, füllten sich die Straßen um das Rathaus in Goch mit einer blauen Menschenmenge, die zum Teil eine demonstrative Haltung einnahm, so daß die Polizei den Platz säubern mußte.

Auslands-Rundschau.

Die ungarische Finanzlage.

Als Mitglieder des vom Väterbund zur Unterstützung der Finanzlage Ungarns besetzten Sachverständigenausschusses sind der ehemalige Präsident der Banque de France, Charles Rill, und der ehemalige Gouverneur der Kognischen Nationalbank, Sir Bernard Forster, mit dem Orientpreis in Budapest eingeführt.

Frankreichs Arbeitslosenzahl wächst.

Etwa 40 000 unterfüllte Arbeitslose werden gegenwärtig in Frankreich genannt. Gleichzeitig heißt es, daß die Zahl der zugewanderten ausländischen Arbeiter in der letzten Woche mit 12 972 eine Rekordhöhe erreicht habe. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und den Weinbau, während die Zahl der neuangestellten ausländischen

Industriearbeiter nur 193 beträgt. Abgesehen von den Ausführungsindustrien ist der Beschäftigungsgrad bei den übrigen Produktionszweigen befriedigend.

Gegen Kohleneinfuhr in Frankreich.

Eine Abordnung von Kohlenarbeitern aus den Bezirken Nord und Pas de Calais wurde von Canal empfangen. Unterstützt von den Kammerabgeordneten der betreffenden Wahlbezirke haben die Arbeitervertreter den Ministerpräsidenten auf die weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit hingewiesen und erklärt, daß sich die Maßnahmen, die ergriffen worden seien, um die Einfuhr ausländischer Kohle herabzusetzen, als nicht wirksam genug erweisen hätten. Die Abordnung ersuchte die Regierung, in eine neue Prüfung der Frage einzutreten, was von Canal zugestimmt wurde.

Amerikanische Unterdrückung des mandschurischen Konflikts.

Auf das Ersuchen Chinas, Kommissare nach der Mandschurei zu entsenden, hat das amerikanische Staatsdepartement erwidert, daß es bereits vor Empfang der chinesischen Note den amerikanischen Generaloffizier in Harbin und den ersten Sekretär an der Botschaft in Tokio angewiesen habe, zur Erklärung authentischer Nachrichten in den von japanischen Truppen besetzten Städten eine Reihe durch die Mandschurei zu machen.

Keine politische Meldungen.

Deutscher Verein der SPD, gegründet. Die Vorgänge innerhalb der SPD haben auch in Frankfurt a. M. zur Gründung eines Ortsvereins der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands geführt.

Stillsand in den französisch-russischen Verhandlungen. In den französisch-russischen Verhandlungen ist eine Unterbrechung eingetreten. Die neuen Schwierigkeiten sind durch das energielose Verhalten Moskaus nach Krediten entstanden, die Paris nicht gewähren will.

Keine Verhandlungen Tsinghaifehlens mit Japan. Nach einer russischen amtlichen Meldung aus Schanghai entsprechen die Berichte, daß Tsinghaifehlens mit Japan verhandelt, nicht den Tatsachen.

Aus der Umgebung

Rebra, 10. Oktober.

— **Welke Blätter — neue Hoffnung!** (Sonntags-geboten.) Wo ein Blatt in die Welt hinausgeht, ist schon eine Anekdote, die auf ihren Frühling wartet. Wenn uns heute manche Hoffnungen zerstört worden, so bleibt doch die große Hoffnung in unserem Herzen lebendig, daß es sich wieder wendet und alles, alles anders wird. Das Menschen-herg will glauben. Glaube und Hoffnung gehören wie Gewissheit an den Tisch des Lebens. Sie erfreuen und stärken sich gegenseitig. — Lebenslaube? Was ist das? Ist es nur eine Hoffnung an den nächsten Frühling? Willen wir nichts von einem ewigen Leben? Auch in unserer Brust ist eine Anekdote, die auf jenen Frühling kündigt, der nach dem Tode kommt. Daß dich nicht irre machen, wirf dein Vertrauen nicht weg! Der Gott, der das begonnen hat, will es auch vollenden. Du wirst dich wundern, wie herrlich er sein Werk hinausführt. Neue Hoffnung!

— **Altertums- und Verkehrsverband.** Wir werden nochmals auf die am Samstag, 10. Oktober, nachmittags 2½ Uhr im Gasthof „Zur Sorge“ stattfindende Kreisversammlungsversammlung des Altertums- und Verkehrsverbandes Kreis-Quertur hin. Die Tagesordnung verpricht einen sehr inter-essanten Nachmittag. Im Mittelpunkt der Tagung stehen zwei Vorträge von Lehrer Albrecht-Nobelen und W. Harang-Mücheln. „Die heilige Elisabeth in ihren Beziehungen zu unserer Heimat“ ist das Thema, das Herr Lehrer Albrecht be- handelt, während Herr W. Harang über „Brunnen und Quellen der Querturter Marie und die Wasserverhältnisse vom Distande“ sprechen wird.

— **Kirmes in Großmangen.** Die Kirmesfeiern in der Umgebung gehen zu Ende, noch einmal ist am Sonntag Gelegenheit gegeben, eine idylle mitzumachen. Unser Nachbar-ort Großmangen ist der Festort; Vorbereitungen zum Empfang aller der Gäste aus nah und fern sind getroffen und jeder der kommt, kann einer herzlichsten Aufnahme sicher sein. Im Gasthaus Großmangen hat Herr Stopp für Unter-haltung von Alt und Jung Sorge getragen, Kirmes- stimmung und Tanzbelustigung erwarten die Besucher. Rüche und Keller bieten alles, was man zum leiblichen Wohl von einer Kirmes erwartet. — Wo auf nach Großmangen.

— **Kirmes in Wendelstein.** Jeder Gemeinde ihre Kirmes — sagen die Einwohner unseres Nachbarortes Wendelstein; sie wollen hinter anderen Gemeinden nicht zurück- stehen und auch ihre Kirmes haben. Für dieses Jahr sind der kommende Sonntag und Montag als Kirmesstage aus- gesehen worden. Im Gasthaus sorgt die Stadtpfelle aus Rebra am Nachmittag und Abend für Stimmungsmittel und spielt auch zum Tanz auf. Für leibliche Genüsse wird Herr Metz- Sorge tragen, so daß wohl niemand Not zu leiden braucht.

— **Aufbringliche Hausierer.** In letzter Zeit ist wieder- holt die Beobachtung gemacht und Klage darüber geführt wor- den, daß Hausierer mit Stoffen und sonstigen Sachen, mit Zeichnungen und Zeitungen usw. sich sehr aufdringlich be- nehmen und oft kaum loszuwerden sind. Die weitgehenden Garantien für die feilgebotenen Waren werden versprochen, die unmöglichsten Versicherungen gemacht, um zu einem Erfolg zu gelangen. Laßt sich niemand durch den Vortuschwall über- reden oder einschleichen, der Kauf beim Hausierer ist meist ein Kleinfall. Vor allem aber sollte sich jeder hüten, einen Be- fehligen zu unterschreiben, auch nicht über den kleinsten Betrag, denn die Unterschift unter einen Bestellzettel hat schon vielen großen Schaden gebracht.

— **Erziehung zur nationalen Tat.** Die deutsche Forstwirtschaft befindet sich in einer katastrophalen Lage, zum großen Teil hervorgerufen durch bevorzugte Verwen- dung russischen Holzes zum Hausbau. Hier hat die Kreis- spar-kasse des fränkischen Ortes Dittelsfelden in ihrem Nach- bereich, wenn man so sagen will, einen Riegel vorgeschoben. Sie stellt Bauunternehmern Kredite in Zukunft nur unter der Bedingung zur Verfügung, daß diese Holz verpflichten, für den Bau des Hauses „einschließlich der Ausstattung mit Fuß- boden, Fenstern und Türen nur deutsches Holz zu verwenden“. In der Tat ist ein wirksames Mittel, um die Verwendung russi- schen Holzes zum Hausbau einzuschränken.

— **Was man nicht mit der Post senden soll.** Vor einigen Tagen geriet in einem Bahnpfosten der Strecke Leipzig-Berlin plötzlich bei der Bearbeitung eines Postbeutels ein Briefchen in Brand. Dabei wurde ein Postkaffner nicht

unerschädigt verließ und fast der gesamte Inhalt des Post- beutels in Mitleidenschaft gezogen. Der Inhalt des mit- fahrenden Postpersonals gelang es, weiteren Schaden zu verhüten. Das Briefchen, das von einer „Fabrik praktischer Neuheiten“ ausgeliefert worden war, enthielt außer unge- fährlichem Inhalt eine Schachtel mit Minen zu sogenannten Bauergründern, die leicht brennen und sich zweifels- los beim Weifen des Beutels leicht entzündet haben. Der Brief- zettel, wie unordentlich und leichtsinnig jemand handelt, der leicht brennbare oder gar explosive Stoffe zum Postver- sendung bringt. Er gefährdet nicht nur fremde Personen und fremde Sachen, er begründet nicht nur Regreßansprüche gegen sich selbst, sondern er riskiert unter Umständen auch die sehr empfindlichen Straßen, die bei Transportvorgängen und Ver- schiffen gegen das Sprengstoffgefahr vorgehen sind.

— **Biegenburg.** Am Donnerstag nachmittag wurde in der Umkleekabine des hiesigen Friseurgeschäftes die Leiche des seit dem 25. September vermißten Schleppkapitäns Gustaf Bloch gefunden. Die Vermutung, daß er in der Um- kleekabine des Friseurs umgekommen ist, hat sich damit bestätigt. Das Motiv zu dem Freitod dürfte in der Kamnheit des allseitig gelächelten Mannes zu suchen sein.

— **Laucha.** Nachdem die Firma Franz Schilling Söhne, Apolda, dem Altertums- und Verkehrsverband Kreis- Quertur und angrenzende Gebiete e. V. die alte Glendiefferei in der Auestraße durch Schenkungsurkunde übereignet hat, fand in der vergangenen Woche die notarielle Übergabe hier- selbst im Beisein von Bürgermeister Lubloff als Bevoll- mächtigter der scheidenden Firma und dem Hauptvorstande des Altertums- und Verkehrsverbandes statt. Die gerichtliche Auf- lösung steht demnächst zu erwarten, so daß mit den ersten notwendigen Reparaturen am Gebäude begonnen werden kann.

— **Bad Kösen.** Der Bürgermeister Schuster wurde am Dienstag nachmittag, als er aus einem Friseurladen heraus- kam, von dem Arbeiter Junge Ehrtel mit einem herbei- gebrachten, vermutlich einem Schläger, angefallen und erhielt mehrere Schläge über den Kopf und den linken Arm, wobei er mehrere Stellen erlitt. Der Bürgermeister brach blut- überströmt bewußtlos zusammen. Er hat schwere Verletzun- gen erlitten. Da er in der Bürgerwehr allgemein beliebt ist, hat der Vorfall große Empörung hervorgerufen. Die Gründe des Täters sind noch unbekannt.

— **Weißenfels.** Baurat Dilling aus Weißenfels besand sich vor kurzem auf einer Ausfahrt durch Weipzig und ließ mit einem Straßenkehrer zusammenstoßen. Mit schweren Verletzun- gen wurde er ins Krankenhaus St. Jafob gebracht, doch gelang es nicht, ihm am Leben zu erhalten.

— **Stößen (Kr. Weißenfels).** Ein ledersbüchsen Mädchen wurde auf der Zeiler Straße von einem Auto erfasst. Der Kopf des Mädchens verunglückte in der Turbine des Wagens und das Kind wurde am Kopf mehrere Meter weit geschleift. Es wurde sofort in ärztliche Behandlung gegeben.

— **Merleburg.** Auf der Bahnstrecke Merleburg-Weißenfels, unweit des Bahnhofs Keunawerte wurde der 21 Jahre alte Arbeitslose Kurt Dorn beim Überfahren der Gleise von einer Lokomotive erfasst und sofort getötet. Man nimmt an, daß es sich um einen Unglücksfall handelt, doch sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen.

— **Merleburg.** Der 19jährige Malergeselle Willi Dünger aus Gollersdorf, der auf der Soalebrücke bei Schopau seine Geliebte, die 17jährige Erna Seil aus Gollersdorf, aus Ge- rechtigkeit durch einen Pistolenschuß verletzt hatte wurde ermittelt und festgenommen.

— **Dürrenberg.** In einer von der SPD einberufenen öffentlichen Einwohnerversammlung berichtete Gemeinde- vertreter Kaiser über die Ergebnisse der Nachprüfung der Rechnungslegungen für die Jahre 1929 und 1930. Dabei seien, wie er ausführte, eine große Anzahl von Ver- fahrungen des ehemaligen kommissarischen Gemeindevorstandes Heller aufgedeckt worden. Dieser habe eine Reihe von Ausgaben gemacht, zu denen er nicht berech- tigt war. Wie die Nachprüfung ergebe, habe er sich insge- samt über 9000 Mark zu Unrecht ausbezahlt lassen. Die sozialdemokratische Fraktion habe eine Bescherde- schrift an den Landrat gerichtet, in der um Unterdrückung der Angelegenheit gebeten und eventuell disziplinarische und gerichtliche Verfolgung gefordert wird.

— **Bad Dürrenberg.** Der bei einer hiesigen Wollerei be- schäftigte Geschäftsführer Unterholz ist nach Unterdrückung von 300 Mark geflüchtet. Die Unterdrückung wurde auf- gedeckt, als Unterholz von einer Mitarbeiterin, die er mit einem zweipinnigen Führer unternommen hatte, nicht zurück- kehrt. Er dürfte verjahren, Wagen und Pferde zu ver- kaufen. Die Nachforschungen nach ihm sind bisher ohne Erfolg geblieben.

— **Halle a. S.** Der Vorstand der Handwerkskammer Halle befaßt sich in seiner Sitzung am 2. d. Mts. u. a. mit der Haussteuer und nahm dazu folgende Stellung ein: Die Gründe, die Anfang 1924 dazu geführt haben, einen Geldentwertungsanspruch bei bebauten Grundstücken in Form der Haussteuer einzuführen, bestehen heute nicht mehr, da die verminderten infolge einer geringeren Aufwertung der Hypothekensubstanz entstandenen Gewinne durch die Wert- minderung der Grundstücke völlig ausgeglichen und ander- seits im Laufe der Jahre reiflos ausgeglichen worden sind. Eine Weitererhebung dieser Steuer, die im Steuerfiskus einen Fremdförder darstellt und nur als vorübergehende Maß- nahme gedacht war, entbehrt daher jeder Berechtigung. Die Schäden, die sich aus der Beibehaltung dieser Steuer er- geben, sind ganz besonders für das Handwerk sowohl in seiner Eigenschaft als Sausbesitzer als auch in seiner Eigen- schaft als Unternehmer ungeheuer groß, so daß das Hand- wert an der völligen Beibehaltung dieser Steuer das größte Interesse hat; als Grundeigentümer insofern, als der Haus- besitz durch die Belastung mit der Haussteuer keine Grund- lage mehr für die Aufnahme der so bitter notwendigen Ge- werbetriede darstellt, in seiner Eigenschaft als schaffender Handwerker insofern, als die Befreiung des Hausbesitzes von dieser Steuer eine Befreiung des Auftragsmangels aus der Altkaufmannschaft und damit eine vollständige Entlastung für den Arbeitsmarkt des gesamten Handwerks im Allgemeinen würde. Fordert das Handwerk auf der einen Seite die so- fortige Beibehaltung der Haussteuer, so erwartet es ander- seits, daß der dadurch notwendige Umbau des Steuer- systems nicht zu einer Verlagerung der Steuerlasten führt, die den wirtschaftlichen Erfolgen, welche aus dem Wegfall der Haussteuer resultieren, entgegenwirken und die be- stehende Ungerechtigkeit in der Verteilung der deutschen Ge- samtsteuerlast nur noch verschärfen. Vor allem wird auf

Jetzt wieder

Lanella
GARANTIE-MARGARINE
Glückstüten

für Hausfrauen und Kinder

R.M 50.000
IN BAR
und 40.000
SACHPREISE
GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!



PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN

Bombenwürfe auf Kintschau.

Japanische Flugzeuge bombardieren den Sitz der mandchurischen Provinzialregierung.

London, 8. Oktober.

Nach einem Telegramm des englischen Direktors der Peking-Mukden-Eisenbahn sind von 12 japanischen Flugzeugen 36 Bomben auf die Stadt Kintschau abgeworfen worden, so sich zur Zeit der Sitz der mandchurischen Provinzialregierung von Mukden befindet. Mehrere Gebäude wurden beschädigt und zwei Chinesen getötet.

Nach einer ergänzenden Neuermählung aus Tokio wird der Angriff der japanischen Streitkräfte in der Mandchurie auf Kintschau damit begründet, daß sich dort eine chinesische Regierung gebildet habe, die nach Auffassung der japanischen Militärs eine „Störung des Friedens und der Ordnung“ bedeute. Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, so wird sie, wie wohlinformierte Kreise zu wissen glauben.

Den Stütz der japanischen Regierung nach sich ziehen, weil man in der Tatlage eines solchen Schrittes ein Eingreifen der Weltgemeinschaft erwarten würde, die damit Handlungen hinter dem Rücken der Regierung beginge und dadurch deren Lage aufs äußerste kompromittierte.

Abrüstung und Paneuropa.

Konferenz der interparlamentarischen Union.

Budapest, 8. Oktober.

Die Konferenz der Interparlamentarischen Union nahm einen Antrag zur Abrüstungsfrage an, in dem es heißt, es sei Aufgabe der Interparlamentarischen Union, ihr möglichstes zu tun, damit die kommende Abrüstungskonferenz in der Frage der Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Völker zu einem internationalen Abkommen gelange. Der Antrag zur Schaffung einer internationalen Streitmacht wurde bei Stimmenthaltung der deutschen Delegation abgelehnt und einer Studienkommission übergeben.

Reichsminister a. D. Dr. Bess

hielt einen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über Paneuropa, in dem er ausführt, daß Paneuropa nur auf der Grundlage einer gleichen Stellung aller Völker verwirklicht werden könne.

Panuropa würde niemals eine Gesellschaft von aufgerissenen und abgerissenen Staaten werden. Die Interparlamentarische Union sei berufen, für die Verwirklichung dieses Gedankens tätig zu sein.

Enttäuschung über die Gandhi-Konferenz.

London, 9. Oktober.

Die Besuche der Konferenz am Runden Tisch, die Ansprüche der Hindus und Mohammedaner unter einen Hut zu bringen, sind gescheitert; das mit dieser Aufgabe betraute Komitee hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Gandhi mußte zugeben, daß seine Bemühungen in den vergangenen Wochen erfolglos geblieben sind. Nachmal hat an die Delegierten die Aufforderung gerichtet, sie möchten nichts unversucht lassen, die Wege der Einigung zu ebnen, und hat hinzugefügt, daß die Regierung gezwungen wäre, aus eigenem zu handeln, wenn die Konferenz mit einem Fehlschlag endete.

Fremdenverkehr in preussischen Bädern

Schlechtesten Besuch in den Heilbädern, befeuert an der See und im Riesengebirge.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs war in einigen Reisegebieten (leider nicht in allen) im August 1931 nicht mehr ganz so ungünstig gewesen wie im Juli; doch befanden sich ziemlich Unterschiede, und gerade einige Bäder mit dem größten Verkehr hatten gegen August 1930 eine beträchtliche Abnahme. Vergleicht man den August 1931 mit dem August 1930, so zeigt sich, daß die Zahl der Übernachtungen in 18 Orten abgenommen, in 14 Orten dagegen zugenommen hat; im Juli war das Verhältnis noch 23 zu 9.

Eine Steigerung wiesen vor allem die schlesischen Bäder und Sommerfrischen auf, so Reinetz, Petersdorf, Krummwäld, Rudowa, Altheide. Auch in Oberalzbrunn und in Warmbrunn war die Zahl der Übernachtungen im Berichtsmonat ungefähr ebenso groß wie im Vorjahr. Wahrscheinlich sind im August viele Personen, die sonst bühmische Orte aufzusuchen pflegten, infolge der durch die Notverordnung vom 18. Juli d. J. eingeführten Ausreisegeldgebühr auf der deutschen Seite der Subeten geblieben. Auch mehrere Ostseebäder, die im Juli schwächer besucht waren als im Vorjahre (Binz, Sellin, Altheide), konnten im August eine Steigerung des Fremdenverkehrs melden.

Beträchtlich zurückgegangen ist dagegen der Fremdenbesuch in August in Kolberg und in Springsdorf (amie — wenn auch in viel geringerer Maße — in Zinnowitz). Ebenso haben alle größeren und bekannten Heilbäder im Binnenlande, wie Wiesbaden, Dornbach, Ems, Nachen, Vippingspringe, Kemdorf, Mümling a. Stein, Schlangenbad und Godesberg, außerordentlich Einbußen erlitten; abgesehen von Dornbach war der Rückgang in diesen Orten im August sogar durchweg härter als im Juli. Das gleiche gilt für die beiden Luftkurorte Königstein in A. und Hofme, die im Juli des Jahres noch einen stärkeren Fremdenbesuch hatten als 1930. Insgesamt sind in den 32 Orten, für die

bereits aus dem Vorjahre Angaben vorliegen, im August 1931 205 832 Übernachtungen (gleich 12,8 Prozent) weniger gezählt worden als im August 1930; im Juli betrug der Rückgang für dieselben Orte 18,0 Prozent.

Ein wenig günstiger hat sich im August der Auslandsfremdenverkehr entwickelt. Von 22 Orten, die in diesem Monat mehr als 1000 Übernachtungen von Gästen aus dem Auslande aufwiesen, hatten im Vergleich zu August 1930 10 eine Erhöhung und 11 eine Verminderung; für ein Bad dieser Gruppe (Bymnott) fehlt die Vergleichszahl. Besonders groß war die Steigerung in Bernerode, Königswinter, Sellin, Altheide und Woldau; alle fünf Orte konnten bereits im Juli eine sehr erhebliche Zunahme von Auslandsfremden melden. Auch in Binz war die Steigerung im August ziemlich beträchtlich. Auf der anderen Seite hatten den stärksten Ausfall an Auslandsfremden Wiesbaden, Oberalzbrunn, Ems, Rüdeshelm a. Rh. und Kolberg; in den vier erstgenannten Orten war der Rückgang im Berichtsmontat sogar noch größer als im Juli, während sich in allen übrigen Gemeinden mit mehr als 1000 Übernachtungen von Auslandsfremden (mit Ausnahme von Woldau, das im August befaumtlich von einer schweren Ueberflutung „heimgesucht“ wurde) der Auslandsfremdenverkehr günstiger gestaltet hat als im Vormonat. Insgesamt ist die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Auslande in den 21 vergleichbaren Orten im August um 13,3 Prozent gestiegen gegen 19,0 Prozent im Juli.

Wann ist ein Kraftwagen noch fabrikneu?

Voraussetzung dafür, daß ein Wagen handelsüblicherweise als „fabrikneu“ bezeichnet werden kann, ist, daß er von der Herstellungsfirma der betreffenden Marke dem Händler als neu übergeben und noch nicht für Verkaufszwecke in Benutzung genommen worden ist. Ohne Bedeutung für die Berechtigung der Bezeichnung „fabrikneu“ ist, ob das betreffende Fahrzeug sich noch bei der Herstellungsfirma befindet oder bei einer Händlerfirma. Die Ueberführung des Kraftfahrzeuges innerhalb Deutschlands vom Herstellungsort zum Verkaufsort mit eigener Kraft nimmt nicht den Charakter eines „fabrikneuen“ Fahrzeuges, wenn sie einen verhältnismäßig beträchtlichen Umfang nicht überschreitet und wenn es kein ausschließlich um Veräußerung und Probefahren handelt. Dabei gilt als Voraussetzung, daß keine wesentlichen Beschädigungen des Fahrzeuges durch Unfälle oder dergleichen herbeigeführt werden. Den zulässigen Gesamtumfang der Probe- und Veräußerungsfahrten wird man mit etwa 1000 Kilometer begrenzen müssen. Die polizeiliche Zulassung zum Verkehr (Gelegenheits-Probefahrten) nimmt einem Kraftwagen im Allgemeinen den Charakter der Fabrikneuheit.

Ihre am heutigen Tage vollzogene
Verählung zeigen an
Otto Richter
Gertrud Richter
geb. Berger
Nebr a. U. 3. St. Coffeehaude (Eltal)
10. Oktober 1931 Untere Bergstraße 11

Groß-Wangen ♦ **Zur Kirmes**
Sonntag und Montag, den 11. und 12. Oktbr.
von nachmittags 3 Uhr ab
Große Ballmusik
wozu freundlichst einladet **Bruno Stöps.**
ff. Speisen und Getränke

Kirmes in Wendelstein
Sonntag und Montag, den 11. und 12. Oktober
von nachmittags 3 Uhr an
Tanz- und Unterhaltungsmusik
(Städtisches Orchester Nebra)
Für ff. Speise und Trank ist bestens geforgt.
Freundlichst ladet ein **Kurt Meitz**
L. V.

Den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, haben wir **alle Preise für chem. reinigen und färben stark herabgesetzt**, zum Teil bis **20%** ←
Vereinigte Färbereien u. Wäschereien Halle
Annahme in Nebra bei **Friedrich Grob, Schneidermeister, Reinsdorfer Straße 4**
● Inserieren bringt Gewinn ●

Stempel aller Art
Wilh. Sauer, Kofhleben
Knoblauch-Zwiebelsaft
nach Dr. Humboldt
mit der Schutzmarke „Werkstoff“, beiliegend beiliegend bei
Arterienverkalkung
Wagen- und Herzleiden, Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- u. Leberbeschwerden, sowie Rheumatismus, Gicht und Jucker. Preis per 1/2 Original-Flasche RM. 2.75.
Zu haben in Nebra: Adler-Drogerie, B. Gutsmuths, Kofhleben: Kreuz-Drogerie, Martin Sauer.
Drucksachen aller Art
liefert preiswert und gut
Buchdruckerei Wilh. Sauer
Roßleben a. U.

Elegant und doch billig!
Sehen Sie sich die neuen Modelle der **Wolke-Schuhe** an. Prüfen Sie die Qualität des Leders, die dauerhafte Verarbeitung. Noch nie konnten wir Ihnen so gute Schuhe so billig anbieten.
Einheitspreise für Herren-, Damen- und Knaben-Schuhe:
10.75 12.75
8.75 14.75
Wolke
Haben Sie auf den Sohlenstempel. **2000 Verkaufsstellen**
Alleinverkauf für Nebra u. Umg.: **Schuhhaus Hermann Sachse**
NEBRA Bahnhofstraße NEBRA

Das schöne Oktober Heft
DAS MAGAZIN
interessant — wie immer!
Preis 1 Mark / Sehen erschienen
DAS MAGAZIN DR. EYSLER & CO. GMBH. BERLIN

Todesanzeige
Nach langer schwerer Krankheit verließ uns am 25. Sept. cr. mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater der Schlensempächter
Gustav Bloch
im 64. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Minna Bloch, geb. Bastian.
Die Beerdigung findet Sonntag 12.45 Uhr statt. — Etwa zugedachte Kranzspenden bitte Schlossberg 4 abzugeben.

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Acten.

Nr 121

Sonnabend, den 10. Oktober 1931.

44. Jahrgang

Rücktritt der Reichsregierung. Dant den scheidenden Ministern.

Berlin, 8. Oktober
Nach Abschluß der Arbeiten an der neuen **Notverordnung** hat das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichszan- zlers Dr. Brüning im Zusammenhange mit der Fortsetzung der Aussprache über die Genfer Lösung in eine Erörterung der gesamtpolitischen Lage ein. Unter Berücksichtigung des ungewissen eingetragenen Rücktrittsgedankens des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius beschloß das Reichskabinett auf Vorschlag des Reichszan- zlers, dem Reichspräsidenten die Belandemission des Reichskabinetts anzubieten.

Der Reichszan- zler benutzte den Anlaß zunächst, dem Reichsminister Dr. Curtius, jedoch auch seinen übrigen Ministerkollegen für die in letzteren einmütig abgelehnten ge- setzliche aufopfernde Mitarbeit aufrichtigsten Dank auszusprechen. Im Anschluß an die Kabinettsitzung begab sich der Reichszan- zler zum Vortrag zum Reichspräsidenten.

Wiederbetragung Drünings.
Reichspräsident von Hindenburg hat den Rücktritt des jetzigen Kabinetts angenommen und Dr. Brüning erneut mit der Bildung der Regierung beauftragt.

Keine parteimäßige Bindung.
Der Reichspräsident beauftragte die bisherige Reichs- regierung mit der einstweiligen Weiterführung der Ge- schäfte und erteilte gleichzeitig dem Reichszan- zler Dr. Brü- ning den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung mit der Maßgabe, daß die

Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Vorspitzer von Neurath wird vorläufig nicht Außenminister.
Berlin, 8. Oktober.
Die Verhandlungen über die Regierungsbildung garten nach der formalen Seite hin bis Donnerstag abend noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Abgesehen von den Ministern, die ohnehin wiederzuerstehen, herrichte nur über die Bezeichnung von drei Ministern Klarheit. Das ist die des Reichsjustizministeriums mit Prof. Wa r n - b o l d, des Reichswirtschaftsministeriums mit Staatssekretär J o e l und die der Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Dr. B r ü n i n g.

Diese letzte Tatsache muß deshalb festgehalten werden, weil immer wieder behauptet wurde, daß nun doch Bot- schafter von D e u r a t h Außenminister werden sollte. Entgegen anderslautenden Nachrichten kommt Dr. von Neu- rath im Laufe des Freitags erst nach Berlin, um dem Kanzler für Sonnabend zu Besprechungen zur Verfügung zu stehen. Sie dürften sich darauf beziehen, daß Dr. von Neurath vielleicht i p s e r e i m a l das Auswärtige Amt übernimmt. Für die bevorstehende Reichstagskampagne ist jedoch mit ihm als Außenminister unter keinen Um- ständen zu rechnen. Der Reichspräsident dürfte in dem zu- künftigen, daß durch die Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Dr. Brüning auch der letzte Krisenvermit- teler werden soll, daß in der deutschen Außenpolitik eine tiefen Posten zu gewinnen, sind gering. Ganz abgesehen von der Änderung eintreten könnte.

Über die Bezeichnung des Innenministeriums herrscht noch keine Gewißheit. Die Ausichten, Dr. G e h l e r für diesen Posten zu gewinnen, sind gering. Ganz abgesehen von der absehenden Stellungnahme der Sozialdemokra- ten gegen Dr. Gehler, scheint das auch daraus hervorzu- gehen, daß inzwischen bereits mit dem Essener Oberbürger- meister Dr. B r a c h t verhandelt worden ist. Dr. Bracht hat jedoch endgültig abgelehnt. Außer Gehler nennt man jetzt auch den früheren Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz für das Amt des Innenministers. Ebenfalls nicht ausgeschlossen sind die Verhandlungen wegen der Bezeichnung des Verkehrs- Reichszan- zlers mit dem Industrieführer Dr. W e g e r und Silberberg dürfte erfolglos geblieben sein.

Brüning in der Krise.

Am die Aufstellungs-Ordnung.
Berlin, 9. Oktober.
Die Tatsache, daß es dem Reichszan- zler Brüning nicht gelungen ist, eine Stunde später, nachdem er dem Reichs- präsidenten den Gesamtrücktritt des Kabinetts angegeigt hatte, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen, diese Tatsache zeigt nur Genüge, daß der Entschluß zum Ge- samtrücktritt nicht auf Brüning zurückgeführt werden kann. Schon jetzt zeigt sich, daß die Belandemission, falls Brüning allein und ohne höheren Einfluß zu einem solchen Entschluß gekommen wäre, als das folgenschwerste Ereignis seit der Reichstagsauflösung angesehen werden müßte.
Es lag für Brüning überhaupt kein Grund zu einem Gesamtrücktritt vor. Die Ergänzungen des Kabinetts hätten genau so gut ohne einen Gesamtrücktritt erfolgen können.

Niemand wird den Reichszan- zler Dr. Brüning für einen politischen Stümper halten — die Art aber, wie jetzt über die Bezeichnung der Ministerliste verhandelt wird, muß wie ein Stümper wirken. Der Reichszan- zler hat wochenlang mit dem Geheimrat Schmidt verhandelt. Wenn er ihn für sein

Kabinett gewinnen wollte, dann müßte er sich erst Klarheit schaffen, ob Schmidt bereit war, das Verkehrsministerium zu übernehmen, und dann erst konnte der Gesamtrücktritt erfolgen. Das gilt schon für normale Zeiten, das gilt vor allem aber für eine Zeit, die so wenig für Aufregungen und langwierige Krisenverhandlungen geeignet ist, wie die- ser Krisenherbst. Was für Schmidt gilt, gilt in gleicher Weise für die übrigen Ministerkandidaten, für Gehler, W a r n b o l d und Neurath. Der Fall Neurath ist hier noch besonders geartet.

Der Reichszan- zler weiß ganz genau, daß sich das außenpolitische Vertrauen auf ihn konzentriert, und daß er nicht ohne weiteres in der Lage ist, dieses Vertrauen auf einen neuen Außenminister zu delegieren.

Wenn die „Germania“ meint, daß die Kabinettsneubil- dung den Zweck verfolgt, eine noch härtere überparlamen- tarische Form zu finden, so wird man im Zentrum ganz genau wissen, daß das ein Redensart ist, die zu nichts ver- pflichtet. Wenn nicht schnell und entscheidend gehandelt wird, dann diese sogenannte härtere überparlamentarische Form eine geschwächte parlamentarische Basis zur Folge haben.

In den weiteren Verhandlungen über die Kabinetts- feste werden die Fragen zu klären sein, ob Reichszan- zler Dr. Brüning die Aufstellungs-Ordnung erhält, ob sie ihm ver- weigert wird, oder ob nach ihm ein anderer parlamentarischer Reichszan- zler mit der Aufstellungs-Ordnung für den Reichstag ausgespart wird. Von der Beantwortung dieser Fragen erst wird man Schlüsse auf die weitere Entwicklung der politischen Lage mit einiger Sicherheit folgen können.

Franszösische Blätterstimmen zur Lage.

Zum Verlaufe der Ereignisse in Berlin schreibt „Sour- a t“, es sei nicht nachgemessen, weshalb die Erklärung des Reichsaussenministers Dr. Curtius die aufstrebende Ver- sicherung notwendig gemacht hätte. Dagegen ertone man sehr wohl alle Gründe, die zugunsten der Aufrechter- haltung des bestehenden Zustandes gesprochen hätten. Das Kabinett Brüning habe die Diktatur auszuüben verstanden, ohne sich der Aufhebung einer autoritären Herrschaft ausulernen.

Unsere Schwierigkeiten im englischen Licht.

„Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel: Die deutsche Regierung ist bereits unter dem Druck der Not-wendigkeiten im wesentlichen eine Diktatur. Wenn sie ein Mißtrauensvotum durch den Reichstag erhalten sollte, wäre es denkbar, daß sie ohne den Reichstag weiterregiere. Die Gefahr besteht jedoch, daß in diesem Falle eine imparla- mentarische Opposition gegen eine unparlamentarische Re- gierung über Deutschland und Europa ein noch größeres Chaos bringen würde als bisher schon.

Man hat davon gesprochen, daß die einzige Alternative zur Brüningregierung entweder eine Koalition ist, in der die- ses Anhängers das Übergewicht haben, oder ein Staats- streich, der eine Brüning-Diktatur schaffen würde. Die neuen Nachrichten denken auf die letztere Möglichkeit hin. Aber bei dem jetzigen Zustand der deutschen und der interna- tionalen Angelegenheiten ist es schwer, ohne Sorge an die Möglichkeit der Schaffung einer offenen Diktatur zu denken.

Lage der Reichsfinanzen.

Die Ersparnisse aus der Hoover-Aktion. — Neue Belastungen.
Berlin, 8. Oktober.
Der Pressevertreter gab Reichsfinanzminister Dietrich ein wenig rosiges Bild über die Finanzlage. Er führt u. a. aus, daß besonders in der Frage der Zusammenlegung der Wohlfahrtsverbandslosen und Krisenverforgungsberechtigten ganz erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden seien. Diese Auffassungen

es hätte geschaffen werden müßten. Von dem Gedanken, daß dessen die Umschaltener zu erhöhen, ist man wieder ab- gekommen.

Reading in Paris.

Die französisch-englischen Besprechungen.
Paris, 9. Oktober
Leber die in Paris geführten französisch-englischen Be- sprechungen wird berichtet, daß bei dem allgemeinen Mei- nungsaustausch die verschiedensten Fragen behandelt wor- den seien, darunter der Berliner Besuch der französischen Minister und die bevorstehende Besprechung Lauals mit Präsident Hoover.

Die französischen Minister hätten wohl müheelos ihren „englischen Kollegen davon überzeugen können, welches In- teresse nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für ganz Europa der Annäherungsvertrag bestehe, der durch die Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission konkrete Gestalt angenommen habe.

Weit davon entfernt, den Interessen der übrigen Staa- ten Abbruch zu tun, werde diese Kommission, wie man hoffe, den Weg für Wirtschaftsabkommen vorbereiten, die nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern auch andere Mächte und in erster Linie England interessieren.

Die Washingtoner Reiselauals habe gleichfalls nicht außerhalb der Erörterungen gelassen werden können, namentlich nach den neuen Erklärungen und Initiativen Hoovers betreffend die Weltwirtschafts- und Fi- nanzkrise.

Was die Abfertigung anlangt, hätten die französischen Minister nur die künftige Beise der französischen Regierung befähigen können, die die Herabsetzung ihrer Zölle gegen Sicherheitsgarantien für Frankreich abhängig made.

Lord Reading hätte, außerdem die französischen Mi- nister über die Absicht der englischen Regierung intercediert haben, so schnell wie möglich nach den allgemeinen Wahlen das Bündnis Sterlingkurse auf der Grundlage des gegen- wärtigen Sterlingkurse zu stabilisieren.

Eine Erklärung Lauals.

Die Besprechungen zwischen Ministerpräsident Laual, Finanzminister Flandin, Außenminister Briand, Handels- minister Molin und Außenminister Lord Reading haben Mittwoch begonnen und werden im Ministerprotokoll am Donnerstagvormittag fortgesetzt. Die Zusammenkunft galt einem offenen Meinungsaustausch über die allgemeine Lage und die Maßnahmen, die am geeignetsten erscheinen, eine Besserung der augenblicklichen Lage herbeizuführen.

Laual und Briand haben Lord Reading über das Ge- gebnis ihrer Berliner Reise unterrichtet. Der Besuch Lauals in Washington war ebenfalls Gegenstand eines Meinungs- austausches, wobei sämtliche Beteiligten die Bedeutung der Reise anerkannten. Die Minister beider Länder waren sich darüber einig, daß ihre beiden Regierungen in enger Zuehung miteinander bleiben müßten, und daß die freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse des Weltfriedens und wirtschaftlichen Wiederaufbaus fortgesetzt werden solle.

Zwei weitere Moratoriumsjahre?

Laual zur Erörterung der Schuldenfrage bereit.
Neuyorf, 8. Oktober
Obgleich die gesamte Presse und namhafte Wirtschaftler Hoovers neueste Aktion einstimmig als einen glänzenden Schachzug bewundern, tauchen bereits Zweifel auf, ob der Fonds in Höhe von 500 Millionen Dollar (über 2 Milliar- den Mark) zur Sänterung der notleidenden Banken genügen werde.

Es ist bekannt geworden, daß Präsident Hoover tat- sächlich die Absicht hatte, der im Weissen Haus stattgefun- denen Konferenz eine zweijährige Verlängerung des Mora- toriums vorzuschlagen. Der Widerspruch verschiedener Sen- atoren und Abgeordneter, insbesondere demokratischer Re- preteter, zwang Hoover zum Nachgeben.

Das Staatsdepartement ist nun dem Pariser amerika- nischen Botschafter unterrichtet worden, daß Laual bereit sei, die Schuldenfrage zu besprechen. Die Franzosen würden je- doch keiner Moratoriumsverlängerung zustimmen, ohne gleichzeitig festzulegen, was den weiteren Feierjahren zu folgen habe. Hoover soll nach wie vor gegen eine beträchtliche Schuldenminderung oder gar völlige Streichung sein.

Amerikas Bankenhilfe.

Leber Laual wird erst mit Laual verhandelt.
Washington, 8. Oktober

Des Präsidenten Hoover Konferenz im Weissen Haus mit den Führern der republikanischen und demokratischen Senatoren und Abgeordneten endete nach Mitternacht. Nicht eingeladen waren die Vertreter der sogenannten progressi- ven Republikaner, dagegen nahm unter anderen Demokraten der deutsch-amerikanische Senator Wagner teil, der nach dem Verlassen des Weissen Hauses erklärte, es sei weder eine Steuererhöhung noch ein Verbot von Reservekäufen an Fondsbörsen, noch die Frage der deutschen Kurztarife er- örtert worden.

Man habe lediglich diskutiert und sich prinzipiell ge- einigt über die Gründung eines privaten Bankkonkordiums